

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Professor Dr. Ingomar
Hauchler MdB zieht eine
Bonner Zwischenbilanz:
Statt Moral Morast, statt
Erneuerung alte Rezepte.
Seite 1

Wolfgang Clement, Vor-
standssprecher der SPD,
zeigt die gefährlichen
Irrtümer des Bundespost-
ministers auf: Risiken
für das Modernisierung-
potential. Seite 3

Ludwig Fellermaier MdEP
kritisiert, daß die CSU
nicht Menschenrechtsver-
letzungen in der Türkei
anklagt: Doppelte Moral.
Seite 5

39. Jahrgang / 129

9. Juli 1984

Bonner Zwischenbilanz

Die Regierung Kohl ist dabei, das Vertrauen der Bürger zum Staat zu verspielen und unser Land dem Spott preiszugeben

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Der Bundestag ist in die Sommerpause entlassen, nicht aber die Regierungskoalition aus ihrer Misere. Blickt man in diesen Tagen zurück auf die gut anderhalb Jahre, seit Kanzler Kohl mit dem Anspruch einer "geistig-moralischen Erneuerung" antrat, kann einem angst und bange werden. Kohl und sein Kabinett sind dabei, das Vertrauen der Bürger zum Staat zu verspielen und unser Land dem Spott der Welt preiszugeben.

Affaires

Noch niemals in den bald vier Jahrzehnten ihres Bestehens hat die Bundesrepublik so viele politische Skandale in so kurzer Zeit erlebt. Da ist der Fall Wörner/Kießling: Einer der ersten Soldaten der Bundeswehr wird unter dubiosen Umständen entlassen, wird durch den Schmutz gezerrt, dann wieder eingestellt und mit Großem Zapfenstreich ehrenvoll in den Ruhestand verabschiedet. Kanzler Kohl hält seinen Verteidigungsminister, der das Vertrauen der gesamten Bundeswehr verloren hat, beharrlich im Amt.

Da ist die Bestechungsaffäre Flick: Mit politischen Schmiergeldern hat einer der größten Konzerne des Landes unseren Staat um fast eine Milliarde betrogen und zum eigenen Nutzen massiven Einfluß auf politische Entscheidungen genommen. Der Hauptbeteiligte darf Wirtschaftsminister bleiben, bis er wegen Bestechlichkeit auf die Anklagebank wechseln muß.



Da ist der Amnestie-Skandal: Kriminelle Steuerpraktiken sollen per Gesetz rückwirkend straffrei gestellt werden - ein Anschlag der Koalitionsparteien auf den Rechtsstaat. Der liberale Justizminister, der Hüter des Rechts sein sollte, macht sich zum Handlanger für Steuerhinterzieher und Rechtsbeuger.

Kanzler Kohl hielt und hält sich mit Lambsdorff, Mörner und Engelhard Minister in seinem Kabinett, die dem Ansehen unseres Staates schweren Schaden zugefügt und seine Autorität untergraben haben.

Arbeitnehmer müssen zahlen

Noch niemals seit 1949 ist hierzulande so bedenkenlos gegen die große Mehrheit unserer Bevölkerung regiert worden. Die Kassen der Besitzenden werden aufgefüllt (Vermögensteuer, Gewerbesteuer, Abschreibungserleichterungen, neue Subventionen). Zahlen müssen die Arbeitnehmer und Erwerbslosen, die Mütter, die Rentner, die Behinderten und Sozialhilfeempfänger.

Kohls Sozialminister Blüm macht hinter einem Nebel schöner Worte rigoros unsoziale Politik. Kohls Familienminister Geißler redet von der "Stärkung der Familien", während er Müttern das Mutterschaftsgeld und Schülern das BAFÖG kürzt.

Die Frauen werden vom Arbeitsmarkt verdrängt: Zurück ins traute Heim! Und mit der geplanten Scheidungsreform zurück in die wirtschaftliche Abhängigkeit.

Verschwendung

Mit Kanzler Kohls Politik des sozialen Kahlschlages geht eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern einher. Und das nicht nur in Gestalt weiterer Milliarden für das Wettrüsten.

Sein Postminister läßt, von den Bedenken des Bundesrechnungshofes unbeeindruckt, 25 Milliarden für die Verkabelung der Republik springen. Zugleich erhöht er Telefongebühren und schränkt die Briefpost ein.

Sein Verkehrsminister steckt Milliarden in den Rhein-Main-Donau-Kanal, der eine verheerende Umweltschneise quer durch Deutschland schlägt und auf dem kaum Schiffe fahren werden. Gleichzeitig schafft er im ländlichen Raum auf weite Strecken die Personenzüge ab.

Sein Finanzminister vergißt alle Sparvorsätze, wenn es um die Bauern geht. Gezielte Hilfen für Kleinbauern wären sicherlich angebracht - er aber begünstigt vor allem Großbetriebe und Massentierhalter. Mit der Gießkanne wird er 20 Milliarden bis 1990 verteilen.

Aufschwung wohin?

Der lauthals verkündete Aufschwung blieb ein lahmer Klimmzug. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die leichte wirtschaftliche Erholung zeigt sich allein in Unternehmerkassen. Die Banken weisen astronomische Gewinne aus. Unvermindert fließt deutsches Geld in die USA, anstatt bei uns Arbeitsplätze zu schaffen.

Jetzt, da Lambsdorff aus dem Kabinett ist, beschert die FDP uns einen gescheiterten Europamatador als Wirtschaftsminister, dem alle Voraussetzungen dafür fehlen. Kohls Kabinett steht nun ohne jeglichen wirtschaftlichen Sachverstand da. Den Kanzler ficht das nicht an: Er läßt unsere Wirtschaft vom "freien Spiel der Kräfte" regieren.

So also sieht sie aus, die geistig-moralische Erneuerung des Bundeskanzlers Kohl: Geistiges Leben verkümmert in Duckmäusertum und Kampf ums Geld. Statt Moral eine Menge Morast. Und die Erneuerung entpuppt sich als Rückgriff auf Rezepte der fünfziger Jahre. So sind die Probleme der achtziger und neunziger Jahre für unser Land gewiß nicht zu lösen.
(-/9.7.1984/ks/rs)

+ + +



Schwarz-Schillings gefährliche Irrtümer

Der Postminister riskiert für seine Verkabelungspläne das Fernsprechnetzt der Zukunft

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

"Irrtümer haben ihren Wert, jedoch nur hier und da - nicht jeder, der nach Indien fährt, entdeckt Amerika." (Erich Kästner)

Postminister Christian Schwarz-Schilling ist dabei, die technologische und die ökonomische Zukunft der Deutschen Bundespost zu verspielen. Sein neuester Plan, den die "Süddeutsche Zeitung" bekanntmachte, demzufolge Dienstleistungen aus dem Fernsprechnetzt der Zukunft den Kupfer-Breitbandkabeln aufgepfropft werden sollen, zieht nun auch die ertragreichen Bereiche der Deutschen Bundespost in den Strudel der sich immer schärfer abzeichnenden Kabelkatastrophe.

Das Vorhaben Schwarz-Schillings hat bei der deutschen Fernmeldeindustrie ebenso wie im eigenen Haus nicht mehr verhohlenes, blankes Entsetzen hervorgerufen. Das hat es in der Geschichte der Deutschen Bundespost noch nicht gegeben: daß der amtierende Postminister nahezu den gesamten, auch den beamteten Sachverstand gegen sich hat.

Der Umgang Schwarz-Schillings mit dem für ihn vernichtenden Gutachten des Bundesrechnungshofes spricht in diesem Zusammenhang Bände: weil das Vertrauensverhältnis zwischen dem Behördenchef und der Behörde offensichtlich zerstört ist, hielt Schwarz-Schilling dieses Gutachten wochenlang unter Verschuß, weihte nur vier seiner engsten Mitarbeiter ein und rückte ansonsten zur Bearbeitung im Ministerium nur Bruchstücke davon heraus - ganz zu schweigen davon, daß er das Parlament wochenlang hinhielt, und anschließend die deutsche Öffentlichkeit mit immer neuen Angaben über sein Kabelprojekt an der Nase herumzuführen versuchte.

Die von Schwarz-Schilling jetzt anvisierte Kombination von Fernsprech- und Breitbandkabelnetz, die bezeichnenderweise nur durch journalistische Recherchen ans Tageslicht kam, ist nach dem Urteil der meisten beamteten und der privatwirtschaftlichen Experten technologisch und damit auch ökonomisch unsinnig. Denn es ist absehbar, daß der für die deutsche Wirtschaft überragend wichtige Ausbau des für den Dialogverkehr



geeigneten Fernsprechnetzes durch eine Ankoppelung an die ökonomisch unausgegorenen, technologisch aber wirtzlosen Kabelpläne mindestens gehemmt wird. Das wesentlichste, wenn nicht das entscheidende Modernisierungspotential der Deutschen Bundespost wird damit ernsthaft gefährdet!

Wer nach dem politischen Sinn dieses skandalösen Vorhabens fragt, der kann eigentlich nur zu dem Ergebnis kommen, daß es sich hier um eine Panikreaktion des ums politische Überleben kämpfenden Postministers handelt. Es ist die geradezu lemminghafte Verzweiflungstat eines Mannes, der gegen viel guten Rat - inzwischen auch aus den eigenen politischen Reihen - und gegen ungezählte Warnungen eine einzige Technologie ideologisiert hat, und der nun unfähig ist zu erkennen, daß er auf's falsche Pferd setzte.

Dies alles geht längst nicht mehr nur zu Lasten der "gelben Post", die Schwarz-Schilling verlundern läßt, sondern behindert den technologischen Fortschritt auch dort, wo er am ertragreichsten ist, nämlich im Fernmeldebereich: statt daß sich die öffentliche und fachliche Diskussion in mindestens weit überzogenen Verkabelungsplänen verdingt, hätte sie sich - beispielsweise - längst der Frage zuwenden müssen, wie die Modernisierung des Telefonnetzes möglichst schnell dem hauptzahlenden Postkunden, dem Telefonkunden nämlich, zugute kommen könnte - etwa durch so praktische Dinge wie ein computergesteuertes, "abschließbares" Telefon, mit jederzeit abrufbaren Telefongebühren oder einer Anruferanzeige. Telefongehäuse in Gold und mit allem möglichen Flitter haben jedenfalls noch nichts mit technischem Fortschritt zu tun!

Die sozialdemokratische Opposition hat oft genug vor dem verhängnisvollen Weg gewarnt, den der Postminister eingeschlagen hat. Spätestens jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, den Bundeskanzler an seine Richtlinienkompetenz zu erinnern: Helmut Kohl trägt die politische Mitverantwortung, wenn er es zuläßt, daß Schwarz-Schilling sich immer noch ein Stückchen weiter in seinen ruiniösen Gewalttritt gegen die technologische Vernunft und gegen die Zukunft der Deutschen Bundespost vergaloppiert. Dem muß endlich auch von anderen Seiten - weit über parteipolitische Grenzen hinweg - mit allen politischen Mitteln Einhalt geboten werden. (-/9.7.1984/ks/rs)

+ + +



Der CSU-Begriff von Freiheit

Die Unterdrückung in der verbündeten Türkei ist kein Thema für Strauß & Co.

Von Ludwig Fellermaier MdEP

Wer weiß schon, was der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und seine Freunde unter Freiheit meinen, die sie immer so gern im Munde führen? Macht man sich einmal die Mühe, die Äußerungen zu analysieren, kommt man zu diesem Ergebnis: Der CSU-Begriff von Freiheit wird zwar lautstark verkündet, wenn es um Menschenrechtsverletzungen in Polen geht. Beim NATO-Land Türkei ist jedoch die sogenannte Verteidigung des Westens der Maßstab aller Dinge für die CSU.

Über die Lage in der Türkei urteilt der ehemalige Bundesverfassungsrichter Professor Dr. Martin Hirsch, der mit einer Juristen-Delegation kürzlich aus der Türkei zurückkam; so "wie die Militärs dort aufräumen, das ist beinahe schlimmer, als das, was die Nazis 1933 gemacht haben". Indes: Den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß läßt solches kalt: Strauß hat in Istanbul seinen Airbus zu verkaufen versucht und Hilfe bei der Modernisierung der türkischen Streitkräfte versprochen.

Ungerührt lassen die Menschenrechtsverletzungen auch Friedrich Zimmermann, Verfassungsminister der Wende-Regierung. Der wußte auf dem Flughafen Ankara nur Lob für seinen Gastgeber: "Die Zusammenarbeit der türkischen und deutschen Polizei klappt hervorragend." Zimmermann kam gar nicht auf die Idee, nach den Massengefängnissen zu fragen, oder mal einen der Prozesse zu verfolgen, in denen -wie im Disk-Prozeß in Istanbul - vor allem hunderte von Gewerkschaftlern, wie seit Jahren vor den Militärriechtern stehen.

Nicht genug damit: Als CSU-Mann Ignaz Kiechle, der bundesdeutsche Landwirtschaftsminister, jüngst in die Türkei reiste, war außer Absichtserklärungen über intensive Kooperation auf dem Agrarsektor nichts zu hören. Und während sich Verfassungsrichter Hirsch in türkischen Gefängnissen an das KZ erinnert fühlte, zeigte der CSU-Europa-Parlamentarier Otto Habsburg in einem Fernseh-Interview sogar "Verständnis für die Todesstrafe in der Türkei". Gerade jener erzkonservative 72jährige Politiker war es denn auch, der mit seinen christdemokratischen, christsozialen und konservativen Freunden im Europäischen Parlament dagegen stimmte, die Milliardenwirtschaftshilfe der Europäischen Gemeinschaft für die Türkei weiterhin einzufrieren. Daß die Finanzmittel auch im Haushalt 1984 blockiert blieben, ist nur der hartnäckigen Haltung der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament zu verdanken.

Zusammenfassen muß ich sagen: Die CSU-Äußerungen lassen einen Geist erkennen, der in der Geschichte stets verantwortlich war für Unterdrückung und Unfreiheit. Und ich muß fragen: Wie soll das Europäische Parlament noch Druck auf das türkische Regime ausüben, wenn Strauß & Co. geradezu zwanghaft wegschauen, wenn die Menschenrechte in der Türkei mit Militärstiefeln getreten werden?
(-/9.7.1984/ks/rs)

+ + +

